

Frankreichs Wirtschaftspolitik bleibt unsicher

8. Juli 2024

- **Links-grünes Bündnis ist stärkste Partei bei den Parlamentswahlen in Frankreich.**
- **Ein Rechtsruck konnte vermieden werden.**
- **Offen bleibt, ob sich eine Minderheitsregierung oder eine grosse Koalition bilden wird.**
- **Der Kurs der Wirtschaftspolitik bleibt damit unsicher.**

Brian Mandt, Chefökonom

Links-grünes Bündnis ist stärkste Partei

Gestern fand die zweite Runde der vorgezogenen Wahlen zur Nationalversammlung in Frankreich statt. Stärkste Partei wurde das links-grüne Bündnis Nouveau Front Populaire (NFP), in dem vor allem die extreme Linke (La France Insoumise - LFI), die Sozialisten (PS) und die Ökologen (EELV) vertreten sind. Laut Hochrechnung kommen sie auf 184 bis 198 der 577 Sitze. Die absolute Mehrheit haben sie damit verpasst. Das Mitte-Lager Ensemble von Präsident Emmanuel Macron erhält voraussichtlich 160 bis 169 Mandate und verliert damit die bisherige Mehrheit. Die rechte Partei Rassemblement National (RN) kam mit voraussichtlich 135 bis 143 Sitzen auf Platz drei. Premierminister Gabriel Attal kündigte seinen Rücktritt an. Wer auf ihn folgt ist unklar.

Minderheitsregierung birgt Risiken

Das links-grüne Bündnis könnte eine Minderheitsregierung mit Duldung durch Macrons Mitte-Lager anstreben. Allerdings herrscht zwischen den beiden Lagern keine Einigkeit über den Kurs der Wirtschaftspolitik. Die Reformen Macrons, die auf eine Verbesserung des Wirtschaftswachstums zielten, werden in solch einer Konstellation wohl nicht fortgesetzt werden. Im Gegenteil! Es besteht die Gefahr, dass manche Massnahmen rückgängig gemacht werden. So versprach die NFP ihren Wählern unter anderem, die Rentenreform rückgängig zu machen, mit der das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 64 Jahre angehoben werden sollte. Das links-grüne Bündnis plant erhebliche zusätzliche Mehrausgaben, die den ohnehin schon strapazierten Staatshaushalt noch stärker belasten würden. Bis 2027 möchte das NFP die Ausgaben schrittweise auf 150 Mrd. Euro steigern. Würden diese durch höhere Vermögens-, Einkommens- und Unternehmenssteuern finanziert werden, könnte das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt werden. Es besteht sogar das Risiko, dass eine von der NFP geführte Regierung sich gelegentlich mit dem RN verbündet, um ihre Steuer- und Ausgabenpolitik sowie die Umkehrung von Reformen durchzusetzen. Dies ginge z.B., indem eine NFP geführte Regierung solche Änderungen beispielsweise per Dekret beschliesst und das RN nicht dagegen stimmt.

Grosse Koalition birgt Chancen

Allerdings ist das NFP kein homogener Block. Es ist gut vorstellbar, dass sich die extreme Linke auch innerhalb des NFP mit ihren radikalen Ideen nicht durchsetzen wird. Ohne die etwa 80 Abgeordneten der extremen Linken und der gut 140 Abgeordneten der extremen Rechten bleiben somit über 350 Abgeordnete übrig, um eine breite Koalition zu bilden. Zwar hat Frankreich keine Erfahrung damit, von einer Koalition mehrerer Parteien regiert zu werden. Doch die latenten wirtschaftlichen und sozioökonomischen Herausforderungen könnten eine Gemeinschaft der Willigen schmieden. Eine solche Koalition könnte notwendige Massnahmen vorantreiben, um die Wirtschaft zu reformieren und das Schuldenproblem in den Griff zu bekommen.

Frankreich droht ein Strafverfahren

Egal welches politische Bündnis die Geschicke des Landes künftig lenken wird, das Schuldenproblem können sie nicht ignorieren. Frankreich droht ein Strafverfahren durch die Europäische Union EU wegen zu hoher Schulden. Die EU-Kommission erwartet dabei, dass Frankreichs Haushaltsdefizit 2024 eine Quote von 5.3 % am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) und 2025 von 5 % erreichen wird, nach 5.5 % im letzten Jahr. Für die Staatschuldenquote prognostiziert die Kommission eine Ausweitung auf 112.4 % des BIP in diesem und auf 113.8 % im nächsten Jahr, nach 110.6 % im Jahr 2023. Die im Europäischen Vertrag festgelegten Schwellenwerte von 3 % für die Defizit- und 60 % für die Staatsschuldenquote werden also deutlich überschritten. Die Prognosen der Kommission beinhalten dabei die bereits von Macron unternommenen Konsolidierungsschritte. Macron hatte angekündigt, die öffentlichen Ausgaben für 2024 in Höhe von 20 Mrd. Euro zu kürzen. Das entspricht einem Anteil von 0.8 % am BIP. Kürzungen in Höhe von 10 Mrd. Euro sind dabei bereits in Kraft getreten. Für 2025 hatte die Regierung beabsichtigt, weitere 20 Mrd. Euro an Ersparnissen zu erzielen. Der EU-Rat entscheidet im laufenden Monat, ob er den Vorschlag der Kommission annimmt, ein Strafverfahren gegen Frankreich einzuleiten. Wenn es dazu kommen sollte, hat das Land bis zum 20. September

Zeit Massnahmen vorzuschlagen, wie die fiskalische Situation verbessert werden kann. Dieser Termin kann bis Mitte Oktober verschoben werden, aber nicht später.

Finanzmärkte warten ab

An den Finanzmärkten überwiegt zunächst die Erleichterung darüber, dass ein Rechtsruck in Frankreich vermieden werden konnte. Die Aktienindizes drehten heute Morgen ins Plus. Der französische CAC 40 gewann leicht um knapp 0.5 %. Der Euro Stoxx 50 und der DAX befinden sich ebenfalls leicht im Plus mit 0.3 % bzw. 0.4 %.

Auch die Renditen 10-jähriger Staatsanleihen Frankreichs und Deutschlands blieben mit 3.22 % bzw. 2.56 % fast unverändert. Schweizer Eidgenossen gleicher Laufzeit rentieren ebenfalls unverändert bei 0.67 %. Der Euro tendiert nach den Frankreich-Wahlen seitwärts bei 0.97 zum Franken und 1.084 zum US-Dollar. Die Märkte dürften nun erst einmal abwarten, welches politische Bündnis die Führung des Landes übernehmen und damit den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs bestimmen wird.